

Folgende LIB-Presse-Erklärung führte zu einem beträchtlichen Rauschen im Medienwald: Ö1, Ö3, Kurier, Presse, Standard und viele andere Medien berichteten und berichten weiter darüber:

**Ganz Gallien? Nein!
Erfolg für Dr. Ingo Riß**

**Fanal gegen schwarzblaues
Bespitzelungsgesetz
GEMEINDE GIBT KEINE
AUSKÜNFT UND FÄLSCHT
KEINE URKUNDEN FÜR
GEHEIMDIENSTE!**

Über Initiative von GR Dr. Ingo Riß (Liste Baum) und unter maßgeblicher Mitwirkung der SPÖ-Mitglieder des Rechtsausschusses der Gemeinde wurde in der Gemeinderatssitzung der Stadtgemeinde Purkersdorf vom 8.3.2001 untenstehender Beschluss zum Militärbefugnisgesetz mit den Stimmen der links-ökologischen Liste Baum, der SPÖ-Fraktion (diesmal im zweiten Anlauf einschließlich von Bürgermeister Mag. Karl Schlögl) und einzelner Stimmen von ÖVP und PUL (Bürgerliste) gefasst.

Damit hat Purkersdorf, als bislang einzige Gemeinde Österreichs, eindeutig beschlossen, Teile des im Nationalrat mit den Stimmen der schwarzblauen Koalition beschlossenen Militärbefugnisgesetzes (BGBl I Nr. 86/2000) nicht zu exekutieren. Dieses Gesetz enthält Bestimmungen, die zum Bedenklichsten gehören, was seit 1945 in Österreich beschlossen worden ist. Dieses Gesetz öffnet den Heeresgeheimdiensten Tür und Tor für die Bespitzelung von BürgerInnen. Besonders betroffen sind die Gemeinden – wie auch Kammern, Krankenanstalten, ÖH, Sozialversicherungen usw. – durch die ausdrückliche Verpflichtung dabei mitzuwirken, Auskunft über BürgerInnen zu erteilen, wenn der militärische Geheimdienst dies verlangt. Diese Daten können nach dem Gesetz auch an ausländische Dienststellen (!) weitergeleitet werden. Auf Verlangen des Verteidigungsministers hätten die Bürgermeister sogar Falschurkunden für spezielle Überwachungen herzustellen („Urkunden, die über die Identität einer Person täuschen“).

Purkersdorf macht von dem im Militärbefugnisgesetz vorgesehenen Verweigerungsrecht Gebrauch und wird auch in Zukunft keine Auskünfte an Geheimdienste erteilen oder Falschurkunden ausstellen.

Gemeinderat Dr. Ingo Riß, von Beruf Rechtsanwalt, warnt davor, dass dieses Gesetz die Gemeinden in den gesetzlichen

Graubereich zwingt. Riß: „Es ist Aufgabe der Gemeindevertretungen, die eigene Bevölkerung zu schützen. Dieser Beschluss bezweckt in erster Linie, dass Begehrlichkeiten von Geheimdiensten erst gar nicht entstehen.“

**Der Purkersdorfer
Gemeinderatsbeschluss im Wortlaut:**

„Die Stadtgemeinde Purkersdorf erachtet die Wahrung der verfassungsgesetzlich eingeräumten Souveränität im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde, die Wahrung der Amtverschwiegenheit, die Verlässlichkeit öffentlicher Urkunden und Identitätsnachweise und die unabdingbare Einhaltung des verfassungsgesetzlichen Legalitätsprinzips für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung für ein vordringliches öffentliches Interesse, das die Interessen der militärischen Landesverteidigung erheblich überwiegt.

Die Stadtgemeinde Purkersdorf erklärt somit, unter Berufung auf das Verweigerungsrecht in § 22 Abs. 2 MilBefG auch in Zukunft Auskünfte an Geheimdienste nicht zu erteilen und Falschurkunden nicht herzustellen.

Der Ausschuss ersucht den Bürgermeister, den Nationalrats-Präsidenten die grundsätzlichen Bedenken gegen jene Inhalte des Militärbefugnisgesetzes mitzuteilen, mit denen nach Auffassung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Purkersdorf gegen verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte der BürgerInnen Österreichs verstoßen wird.“ □

Stapo genügt

Übrigens gibt es sowieso die Staatspolizei. Warum jetzt zusätzlich der Heeresgeheimdienst die eigenen Bürger beobachten soll, kann die blau-schwarze Regierung nicht erklären. Außer dass eben allgemein offenbar genügend Geld für solche Aktivitäten da ist ...

**Prüfungsausschuss untersuchte
Bauvorhaben Feuerwehrhaus
1 MILLION GESUCHT –
GEFUNDEN!**

Über eine Million Schilling fehlten dem Prüfungsausschuss nach einer routinemäßigen Prüfung der Bauabwicklung und Abrechnung des Feuerwehrhauses Purkersdorf. Erst nachdem der Prüfungsausschuss bereits im Vorjahr aufgezeigt hatte, dass der Bauträger Wohnbaugenossenschaft Wien-Süd von der (von der Gemeinde über Leasingraten gespeisten) Finanzierungsgesellschaft einen deutlich höheren Betrag einkassiert hat, als der Baukostenendabrechnung entsprochen hätte, langte ein Schreiben der Wien-Süd ein, in dem lapidar „vorgeschlagen“ wurde, dass „der Betrag von öS 1.044.717,80 an die Civitas-Leasing raschest refundiert“ werde.

Man beachte – die Wien-Süd schlug also sich selbst vor, eine Million zurückzugeben, die ungerechtfertigt „abgerufen“ worden war. Allein die Zinskosten, die der Gemeinde durch die unnötige Mehrbelastung in den Leasingraten erwachsen sind, belaufen sich auf mehr als 76.000 Schilling!

Wir fordern die Gemeinde auf, von der Wien-Süd vollen Ersatz dieses Schadensbetrages zu fordern!

Und: Was wäre eigentlich gewesen, hätte der Prüfungsausschuss bei der Wien-Süd nicht interveniert?

Aus dem Prüfungsausschuss
GR Ingo Riß

**Erfreulich: Purkersdorf-
Gemeindewald hat bestes
internationales Gütesiegel
erhalten!**

Nach einer Vorortprüfung und nach 2 internationalen Genehmigungsverfahren hat der Stadtwald von Purkersdorf das von der LIB initiierte internationale FSC-ÖKO-Gütesiegel erhalten. Dies wird nur bei einer naturnahen nachhaltigen Waldbewirtschaftung vergeben. In Zukunft wird es dadurch wahrscheinlich gelingen, den notwendigen Holzeinschlag günstiger verkaufen zu können, im Ausland werden jedenfalls für FSC-Holz schon deutlich höhere Preise bezahlt.